

BERLINER RUNDSCHAU

Eine starke Demokratie feiert

Vor 20 Jahren fiel die Mauer und
vor 60 Jahren wurde die Bundesrepublik gegründet.



**Sonnenkönig
Klaus Wowereit**

Mehrheit der Berliner
gegen ihn

Seite 4



**Europa hat
die Wahl**

Joachim Zeller strebt
nach Straßburg

Seite 7



**Geschichte ein
Gesicht geben**

Frank Henkel im Gespräch
mit den Generationen

Seite 8 und 9

ZAHLEN • FAKTEN • HINTERGRÜNDE



40

... Jahre hat die Union seit Gründung der Bundesrepublik Deutschland den Bundeskanzler bisher insgesamt gestellt



52 Mal

wurde das Deutsche Grundgesetz seit seinem Inkrafttreten geändert



70

Bundesminister kamen seit 1949 aus den Reihen der CDU

320.000 Menschen gingen bei der größten Montagsdemonstration in Leipzig im Oktober 1989 auf die Straße, um gegen die Verhältnisse in der DDR zu protestieren.

9.000 Gesetzesvorlagen wurden seit 1949 im Bundestag eingebracht

1.200.000.000.000

1,2 Billionen Euro wurden nach Schätzungen des Instituts für Wirtschaftsforschung Halle bisher in den „Aufbau Ost“ investiert

So viele Bürgerinnen und Bürger sind bei der nächsten Bundestagswahl am 27. September 2009 wahlberechtigt

62.200.000



+++ 690.000 Kinder wurden nach Schätzungen des Statistischen Bundesamtes 2008 in Deutschland geboren – damit geht der Geburtenrend deutlich nach oben. Die familienfreundliche Politik Ursula von der Leyens (CDU) zeigt Wirkung. +++ 53 Millionen Mitglieder haben die christlichen Kirchen in Deutschland +++ 70% aller Beschäftigten in Deutschland arbeiten in mittelständischen Unternehmen +++ 100 Millionen Menschen sprechen Deutsch als Muttersprache – damit ist Deutsch die meistgesprochene Sprache in der Europäischen Union +++ 228 Auslandsvertretungen repräsentieren die Bundesrepublik Deutschland in der Welt +++ 383 Hochschulen gibt es in Deutschland, davon 103 Universitäten und 176 Fachhochschulen +++ 969 Milliarden Euro betrug das Exportvolumen Deutschlands im Jahr 2007 – damit ist die Bundesrepublik Exportweltmeister +++ 230.000 Kilometer umfasst das deutsche Straßennetz +++ 2/3 aller global führenden Branchenmessen finden in Deutschland statt +++ 5000 Museen, 300 Theater, über 100 Musiktheater und Opernhäuser, 130 Berufsorchester und 7500 Bibliotheken gibt es in Deutschland +++ 33 Kultur- und Naturdenkmalstätten in Deutschland stehen unter dem Schutz des UNESCO-Welterbes

Linke setzt Kulturkampf gegen Gymnasien fort

Rot-Rot arbeitet weiter am ideologischen Umbau der Berliner Schulstrukturen. Bis heute hat Bildungssenator Zöllner jedoch noch immer kein tragfähiges Konzept für seine „Sekundarschule“ vorgelegt. Unterdessen holt die Linke zum nächsten Frontalangriff auf die Gymnasien aus.

Der CDU-Landes- und Fraktionsvorsitzende, Frank Henkel, kritisierte die fehlende Transparenz bei Zöllners Schulstrukturreform. Niemand kenne die Eckwerte für dieses politische Vorhaben, z.B. die Klassenfrequenzen und die Zulassungsbedingungen für die Gymnasien. Ebenso bleibt im Dunkeln, welche Schulen geschlossen werden sollen, was zur großen Verunsicherung von Eltern, Schülern und Lehrern führt.

Zudem bezeichnete es der CDU-Chef als unverantwortlich, wie mit den Mittel aus dem Konjunkturpakt II umgegangen wird. Anstatt die Gelder vorrangig in die Sanierung und den Ausbau der Infrastruktur zu stecken, müssten die Bezirke nun im Eil-

Zusammenmischen aller Schulformen. Dadurch werden nur die Probleme fusioniert. Aber mit seiner Hinterzimmerpolitik verweigert er sich jeder ernsthaften Debatte.“

Im Windschatten der Strukturreform fährt die Linke immer neue Geschütze gegen die Berliner Gymnasien auf. Die Fraktionsvorsitzende der Linken, Carola Bluhm, hatte bereits im Dezember 2008 erklärt, es sei eine richtige Entscheidung, das gegliederte Schulsystem erst einmal „einzudampfen“. Aber das sei nur der erste Schritt. Das System der Zweigliedrigkeit könne nur eine „Übergangssituation“ sein. Medienberichten zufolge liegt jetzt ein Antrag für den Linken-Parteitag am 29. März vor, in dem Zöllners Modell nur als „Zwischenschritt“ auf dem Weg zur flächendeckenden Einheitschule bezeichnet wird.

**Frank Henkel:
„Das Gymnasium steht in Berlin nicht zur Disposition“**

Henkel kritisierte diesen neuen Versuch, die Gymnasien zu schwächen und langfristig abzuschaffen. Gleichzeitig griff er die SPD für ihr Wegducken in dieser Frage an: „Es ist bezeichnend, dass kein führender Sozialdemokrat diesen



verfahren einen platzbezogenen Ausbau für Zöllners Strukturkonzept vornehmen - ohne Klarheit darüber, welche Standorte am Ende überhaupt erhalten bleiben.

Henkel: „Offenbar sollen hier Fakten geschaffen und die Reform durch die Hintertür eingeführt werden. Wir bleiben dabei: Was der Bildungssenator vorhat, ist ein fantasieloses

Äußerungen widerspricht. Der Regierende Bürgermeister muss endlich ein Machtwort sprechen, dass das Gymnasium in Berlin nicht zur Disposition steht. Wir wollen Talente fördern und zur Entfaltung bringen, anstatt ein Einheitskind zu formen. Dazu müssen aber in unserer Stadt vielfältige Bildungsangebote erhalten bleiben.“



MIR SCHWANT BÖSES

Gesine Schwan tourt durch die Republik und macht Wahlkampf, denn ohne die Stimmen der LINKEN hat sie keine Chance zur Bundespräsidentin gewählt zu werden. Doch das Grundgesetz will in der Bundesversammlung gerade keinen Wahlkampf; findet dort die Wahl doch ausdrücklich ohne Aussprache statt.

Dagegen scheint die Wortspielerei der SPD-Kampa geradezu harmlos zu sein. Die wahlkämpfenden Genossen haben vor kurzem versucht, uns einen abgespeckten Spitzenkandidaten zu präsentieren. Da wurde schnell aus „Frank-Walter Steinmeier“ ein „Frank Steinmeier“. So ähnlich wie aus dem Gerhard – wir erinnern uns, das war „Doris, ihr Mann“- der Gerd wurde. Was bei Schröder aber noch klappte, endet bei Steinmeier ganz ähnlich wie im bekannten Mike Krüger-Song:

*„Walter war nicht groß, war eher klein.
Trotzdem behauptete er, von den Kleinen einer der Größten zu sein.
Seine Frau, die Marie sah noch ganz gut aus, für ihr Alter,
Und wenn sie mal was sagte, dann meist
„Mein Gott Walter.“*

Natürlich wird solch ein Vergleich dem SPD-Kanzlerkandidaten nicht gerecht und im Übrigen heißt seine Frau auch nicht Marie sondern Elke Büdenbender, aber dieser missglückte Versuch volksnäher zu wirken, zeigt zusammen mit der wahlkämpfenden Gesine Schwan etwas anderes. Wie hält es der SPD-Spitzenkandidat im Grundsätzlichen, wenn er schon seinen Vornamen so bereitwillig opfert? Schwant einem nicht im wahrsten Sinne des Wortes Böses, wenn man ihn und Müntefering hört, wie sie eine Zusammenarbeit mit den Linken auf Bundesebene ausschließen? Auf Landesebene, in Ost wie in West, ist diese Hemmschwelle ja schon längst gefallen.

+++ JANUAR 2002 Während er Berlin einen Sparkurs verordnet „bis es quietscht“, feiert der „Regierende Parteimeister“ Wowereit ausgiebig und lässt sich dabei mit Champagnerflasche und Damenschuh fotografieren. +++ MÄRZ 2002 In seiner Funktion als Bundesratspräsident manipuliert Wowereit den Ausgang der Abstimmung um das Zuwanderungsgesetz. +++ MAI 2002 Erst nach massivem öffentlichem Druck gibt Wowereit seinen Plan, ausgerechnet zum Zeitpunkt des Berlin-Besuches des US-Präsidenten in Urlaub zu fahren, auf. +++ OKTOBER 2003 Der „mit Peinlichkeiten gespickte“ (Berliner Zeitung) Mexiko-Aufenthalt Wowereits sorgt für Unmut. Zweifel an dem Nutzen der mit Steuergeldern finanzierten Dienstreise werden laut. +++ NOVEMBER 2004 Der Auftritt Wowereits bei der Asien-Pazifik-Konferenz in Bangkok wird zum Fiasko. Konferenzteilnehmer beschreiben Wowereits Kleidungsstil als „Fehltritt“ und seine Rede als „peinlich“. + Auf der Berliner Aids-Gala stellen Wowereit und die Kabarettistin Désirée Nick ihre freundschaftliche Beziehung mit einem Zungenkuss „auf durchaus ungewöhnliche Weise öffentlich zur Schau“ (Hamburger Landgericht). +++ DEZEMBER 2004 Bei einem Wissenstest des TV-Senders RTL kann Wowereit weder sagen, von wann bis wann der Zweite Weltkrieg gedauert hat, noch wie man das Wort „Rhythmus“ buchstabiert. Die Matheaufgabe „3 + 8 x 2“ löst er ebenfalls nicht korrekt. +++ AUGUST 2005 Das Grußwort des Regierenden Bürgermeisters für das Sado-Maso-Fest „Folsom Europe“ sorgt für einen Eklat. +++ NOVEMBER 2006 Bei seiner Wahl im Abgeordnetenhaus fällt Wowereit im ersten Wahlgang durch und erhält auch im zweiten Wahlgang nicht alle Stimmen seiner Koalition. +++ MÄRZ 2007 Erneut begibt sich Wowereit auf einen seiner „seltsamen Spaß- und Egotrips“ (Berliner Zeitung) – diesmal nach Kalifornien. +++ MÄRZ 2008 Wowereit offenbart sein fragliches Demokratieverständnis, indem er bereits vor dem Volksentscheid zum Flughafen Tempelhof mehrmals erklärt, das Abstimmungsergebnis nicht berücksichtigen zu wollen. +++ MAI 2008 Mit seinem Einknicken bei der Abstimmung über den EU-Reformvertrag von Lissabon fügt Wowereit Berlin eine „gewaltige Blamage“ zu. +++ JUNI 2008 Statt dem öffentlichen Gelöbnis der Bundeswehr anlässlich des 64. Jahrestages des Attentates auf Adolf Hitler beizuwohnen, sagt Wowereit kurzfristig ab und fährt lieber in den Urlaub. +++ OKTOBER 2008 Mit der endgültigen Schließung des Flughafens Tempelhof besiegelt der Regierende Bürgermeister ein bedeutsames Kapitel Berliner Geschichte und opfert ohne Not ein großes Potential Berlins. +++ DEZEMBER 2008 Wie ein Medienbericht enthüllt, hält der rot-rote Senat seit über drei Jahren ein Gutachten geheim, das von einer enormen Gefährdung des Flughafens Tegel durch Kriegsmunition ausgeht. + Mit der Äußerung, er würde seine Kinder nie auf eine Kreuzberger Schule schicken, sorgt Wowereit für Empörung. +++ JANUAR 2009 In seiner Funktion als Kultursenator scheitert Klaus Wowereit mit seinem persönlichen Prestige-Projekt, im Humboldtthafen eine staatliche Kunsthalle von einem privaten Investor bauen zu lassen. + Nachdem der Generaldirektor der Stiftung Oper in Berlin, Stephan Rosinski, es gewagt hatte, die Kulturpolitik Wowereits als „ideenlos“ zu kritisieren, wird er abgesetzt. + Wowereit weigert sich, den Termin für den Volksentscheid zu „Pro Reli“ mit der Europawahl am 7. Juni zusammenzulegen und bürdet dem Berliner Steuerzahler damit unnötige Mehrkosten in Millionenhöhe auf. +++ FEBRUAR 2009 Im Alleingang vermietet Wowereit den stillgelegten Flughafen Tempelhof für die nächsten zehn Jahre an die Modemesse „Bread & Butter“. Eine dauerhafte Nachnutzung wird damit blockiert, die IHK Berlin spricht von einem „erheblichen wirtschaftlichen Schaden“. + Im Bundesrat verwährt Wowereit dem größten Konjunkturprogramm in der Geschichte Deutschlands die Zustimmung Berlins, verplant derweil aber bereits fleißig die darin enthaltenen Finanzhilfen. +++

Deutliche Mehrheit der Berliner gegen „Sonnenkönig“ Wowereit

Die „Sonnenkönig“-Politik des Regierenden Bürgermeisters Klaus Wowereit (SPD) stößt bei den Berlinerinnen und Berlinern auf deutliche Ablehnung. Eine große Mehrheit zeigt sich mit seinem anmaßenden Regierungsstil unzufrieden. Selbst unter den SPD-Anhängern kommt Wowereits Politik nicht mehr gut an.

Die Zahlen sind eindeutig. Laut einer Forsa-Umfrage im Auftrag der Berliner Zeitung ist eine klare Mehrheit der Berlinerinnen und Berliner mit der Politik des Regierenden Bürgermeisters Klaus Wowereit unzufrieden. Sein anmaßender Politikstil („Ich bin die Regierung!“) stößt selbst im eigenen Lager auf massive Kritik. So halten 67 Prozent der SPD-Anhänger die Entscheidung des Regierenden Bürgermeisters, den stillgelegten Flughafen Tempelhof im Alleingang an die Modemesse „Bread & Butter“ zu vermieten, für falsch. Unter allen Berlinerinnen und Berlinern sind es sogar 74 Prozent. Auch bei der Frage nach einem Nachnutzungskonzept für den Flughafen Tempelhof ist eine Mehrheit von 55 Prozent der SPD-Anhänger der Meinung, der rot-rote Senat habe nicht die richtigen Ideen. Ähnlich verhält es sich beim Thema „Pro Reli“. Hier ist lediglich ein Drittel der Berlinerinnen und Berliner mit dem von Wowereit durchgesetzten Abstimmungstermin am 26. April einverstanden. Den Beschluss, die Abstimmung zum Volksbegehren „Pro Reli“ von der Europawahl abzukoppeln, unterstützen selbst unter den SPD-Wählern nur 39 Prozent. Fragt man die Berlinerinnen und Berliner hingegen, was sie nach über sieben Jahren Regierungszeit mit Klaus Wowereit verbinden, steht für fast 80 Prozent fest: Party. An bessere Schulen oder die Bekämpfung der Arbeitslosigkeit denkt beim Namen Wowereit kaum jemand. Eine Bankrotterklärung für den Regierenden Bürgermeister. Die Unzufriedenheit der Berlinerinnen und Berliner mit Wowereits Politik schlägt sich unterdessen auch in der Sonntagsfrage nieder: Wären



am nächsten Sonntag Wahlen, käme Rot-Rot nur noch auf 42 Prozent und hätte somit keine Mehrheit mehr. „Diese Zahlen belegen, was wir schon lange kritisieren: eine immer bürgerfernere Politik des Regierenden Bürgermeisters“, so der Landes- und Fraktionsvorsitzende der CDU Berlin, Frank Henkel zu den Umfrageergebnissen, „Wowereit muss endlich begreifen, dass Politik für die Menschen da sein sollte, nicht umgekehrt“.



Pleiten, Patzer, Peinlichkeiten

Drei Berliner Opernhäuser sind der Stolz unserer Stadt - nicht ihr Problem

Die Debatte um die Berliner Opernstiftung, die Spekulationen über die Zukunftschancen dreier eigenständiger Berliner Opernhäuser reißen nicht ab. Im Februar veranstaltete die Stiftung Zukunft Berlin eine Podiumsdiskussion mit Vertretern anderer europäischer Opernmetropolen, die große öffentliche Aufmerksamkeit erhielt.

„Mehr Geld, einen exzellenten Stiftungsrat, einen Generaldirektor mit künstlerischer Autorität und mehr Begeisterung im Senat für seine Opern!“ Das sind die Forderungen und Rettungsvorschläge der Berliner CDU-Bundestagsabgeordneten und Kulturpolitikerin Monika Grütters (im Bild zweite von links). Ein Etat, der nicht nur zwei Opern, sondern tatsächlich drei Opernhäusern gerecht würde, wäre ein klares Bekenntnis zu ihrer Zukunft. Darauf wartet Berlin noch immer. „So

bringt man alle drei Opern an den Rand ihrer Existenz“, ist Monika Grütters überzeugt. Bereits heute sind die Berliner Opern nicht mehr wettbewerbsfähig mit Hamburg, Stuttgart oder Dresden und schon gar nicht mit London, Wien oder Paris. Statt eine weltweit einmalige Opernstiftung mit drei international beachteten Häusern zu profilieren, spart der Senat dieses Markenzeichen Berlins kaputt. Eine internationale Stiftung wird von einem Aufsichtsrat der Regional-Klasse bestimmt. Mutlos und unambitioniert erscheinen viele seiner Entscheidungen. Das kann nicht zum Erfolg führen. Für Kandidaten von Weltklasseformat ist der Generaldirektorposten derzeit keine attraktive Stelle. Die üble Behandlung der Vorgänger durch den Senat wurde nicht nur deutschlandweit öffentlich wahrgenommen. Um eine künstlerisch herausragende, durchsetzungsstarke Autorität für



diese Arbeit zu gewinnen, muss endlich die kleinmütige Kritik an den Opern und ihren Künstlern aufhören – zuerst im Senat, dann in der Stadt. „Die drei Opernhäuser sollten der Stolz, nicht das Problem Berlins sein“, appelliert Monika Grütters.

Lengsfeld zu Besuch im Künstlerhaus Bethanien

Das Künstlerhaus Bethanien gehört zu den Legenden von Berlin, von denen man auch hinter der Mauer gehört hat. Entsprechend gespannt ist die Direktkandidatin der CDU in Friedrichshain-Kreuzberg und ehemalige DDR-Bürgerrechtlerin, Vera Lengsfeld, bei einer Wahlkreisbegehung.

Das Gebäude des ehemaligen Diakonissen-Krankenhauses beherrscht die Westseite des Mariannenplatzes, dessen Grünflächen sowie der das Haus umgebende Park von den berühmten Landschaftsarchitekten Peter Joseph Lenné gestaltet wurden. Lenné würde sich heute allerdings im Grabe umdrehen, sähe er, in welchem Ausmaß seine Anlage der Verwahrlosung überlassen wurde.



Vor dem Haus werden Lengsfeld und ihre Begleiter von Herrn Tannert, dem Projektleiter des Künstlerhauses Bethanien begrüßt. Er lädt sie ein, erst einmal einen Rundgang durch die Außenanlagen zu machen, um sich einen Eindruck von der Situation zu verschaffen. Der ist allerdings verheerend. Das ehemalige Schwesternwohnheim wurde bereits 1971 von Hausbesetzern in Beschlag genommen. Es soll heute ein „Jugend- und Kulturzentrum“ beherbergen, allerdings weist von außen nichts darauf hin. „Es sieht eher nach „Ruinen schaffen ohne Waffen“ aus, dekoriert mit Müll und Schrott“, stellt Lengsfeld fest. Geht man auf die Website der Besetzer, erfährt

man, dass derzeit 40 Menschen hier wohnen sollen, die sich hehren Zielen verpflichtet sehen. Unter anderem wollen sie das Gebäude sanieren. Irgendetwas muss dazwischen gekommen sein. Von Sanierung ist nicht mal ansatzweise etwas zu sehen. Hier, im Bereich des ehemaligen Todesstreifens, mussten die Bewohner dieser Siedlung vor kurzem den Abriss eines Bretterzaunes hinnehmen, denn der Bezirk will einen Teil der Lennéschen Anlage entlang der ehemaligen Krankenhausmauer rekonstruieren. Ein Eckstück der Backsteinmauer wurde zur Zierde wieder errichtet, aber umgehend mit Graffiti verschmiert. „Nie wieder Mauer“ liest man und begreift, dass die Besetzer das Monopol auf Errichtung von Abgrenzungen haben wollen.

Herr Tannert erzählt beim Weitergehen, dass die zweiten Hausbesetzer diesmal zwei Etagen des Südflügels des Hauptgebäudes vereinnahmten und ihr Vorgehen damit begründen, das Künstlerhaus Bethanien müsse ein öffentlicher Ort bleiben. Aber genau das ist er immer gewesen. Alles, was die Besetzer fordern - Kinderbetreuung, Café, öffentliche Veranstaltungen, Künstlerateliers - hat es vor der Besetzung bereits gegeben. Seit drei Jahren bleiben die Besetzer ihr Konzept, von dem immer die Rede war, schuldig. Was sich seit der Besetzung sichtbar verändert hat, ist der Zustand der Umgebung des Gebäudes. Die Be-

setzer leisten keinerlei Beitrag zum Unterhalt des Hauses. Die Kosten der Besetzung wurden auf die Institutionen umgelegt, die das Künstlerhaus ausmachen. Die Miete für das Künstlerhaus sollte verdoppelt werden. Das hat dazu geführt, dass die Künstler ausziehen müssen. Sie haben Ateliers bei dem Sohn des bekannten Sammlers Berggruen gefunden, einem Kunstmäzen wie sein Vater. Den Namen „Künstlerhaus Bethanien“ nehmen sie mit. Die Besetzer werden am Ende möglicherweise verhindert haben, was sie bei der Besetzung anzustreben vorgaben. Auf ihrer Homepage sind alle zur Mitarbeit eingeladen, die „unsere politischen Ziele“ teilen. Per Definition wird damit der Mehrheit der Bevölkerung die Mitsprache verweigert, obwohl die Besetzer vorgeben, im Namen der „Bevölkerung“ zu handeln. Als die Gruppe durch das Haus geht und einen Blick in Ateliers, Musikschule, Druckwerkstatt und Café wirft, kommt sie auch an eine Tür zum Südflügel, die als Fluchttür offen sein muss. Dahinter liegt das Reich der Besetzer. Alle Wände des Treppenflurs sind von oben bis unten beschmiert. Es riecht nach Vernachlässigung. Wenn Hausbesitzer die peniblen Auflagen des Denkmalschutzes nicht einhalten, drohen hohe Strafen. Hier wird ein denkmalgeschütztes Gebäude dem Verfall preisgegeben, ohne dass das Bezirksamt Handlungsbedarf sieht. Herr Tannert erzählt, dass die Besetzer von Christian Ströbele vor Gericht vertreten würden. Ob Herr Ströbele wohl schon die Inschrift im Hausflur der Besetzer gesehen hat, die fordert: „Ströbele raus aus Deutschland“?

Rassige Rösser russischer Bauart

Was da über die Mauer der Metallrestaurierungswerkstatt „Haber und Brandner“ in der Lehelderstrasse in Berlin Weissensee lugt, gehört dort nicht wirklich hin!

Aber einem „geschenkten Gaul“ guckt man nicht irgendwo rein. Immerhin handelt es sich um ein Freundschaftsgeschenk von Zar Nikolaus I. an König Friedrich Wilhelm IV.

Letzterer hatte bei einem Besuch seiner Schwester, der Zarin Alexandra Fjodorowna, das „Rossebändiger“-Paar auf der St. Petersburger Anitschkow-Brücke gesehen und seine Leidenschaft entdeckt. Sein Schwager, der Zar, ließ daraufhin Abgüsse der Skulpturen

bei ihrem Schöpfer Peter Clodt von Jürgensburg (1805 bis 1867) in Auftrag geben. Nicht ohne Stolz auf seinen Bildhauer, von dem der Zar gesagt haben soll: „Clodt schüfe edlere Pferde als jeder

preisgekrönte Hengst“. Dieser Stolz führte 1846 zu einer weiteren Kopie als Geschenk an den König von Neapel. Auch dort sind die Rösser noch heute zu bewundern.

Begeistert eilten die Berliner herbei, als die Skulpturen 1844 vor das Berliner Stadtschloss gesetzt wurden, direkt vor das Portal IV gegenüber dem Alten Museum.

Die Darstellungen der jungen Männer, die mit den kräftigen Pferden ringen, erhielten bald ihren passenden Spitznamen: „Gebremster Fortschritt“ und „Beförderter Rückschritt“.

Pferde und Halter „überlebten“ Krieg und Schlosssprengung, weil sie rechtzeitig im Schöneberger Kleistpark vor dem alliierten Kontrollratsgebäude postiert wurden.

Dem öffentlichen Anblick entzogen, zogen sie erst wieder die Blicke auf sich, als sie im März letzten Jahres als Kernstücke der Ausstellung „Macht und Freundschaft Berlin–St. Petersburg 1800–1860“ im Gropius-Bau einritten. Positive Folge für die Pferde: eine Restaurierung in anfangs erwähnter Werkstatt.

Die neuen Fundamente für die um das Zaumzeug ergänzten Rösser und ihre Bändiger sind bereits gegossen und Ende April kann man die Figurengruppen wieder vor dem Kammergerichtsgebäude erleben, bevor sie vielleicht ein letztes Mal umziehen, an ihren angestammten Platz vor Portal IV. der rekonstruierten Stadtschlossfassade. (Jan Luther)



RÜCKBESINNUNG AUF DIE SOZIALE MARKTWIRTSCHAFT ALS ANTWORT AUF DIE FINANZMARKTKRISE

Die Soziale Marktwirtschaft steht in diesen Tagen und Wochen vor einer ihrer größten Herausforderungen.

Die Krise auf den internationalen Finanzmärkten und die weltweite Konjunkturabschwächung haben die deutsche Wirtschaft voll erfasst. „In dieser Situation ist es die wichtigste Aufgabe der Politik, schnell und entschlossen, nicht



aber hysterisch oder gar kopflos auf die Krise zu reagieren. Diese Gradwanderung ist der Bundesregierung bisher gelungen“, resümiert der

Spandauer Bundestagsabgeordnete Kai Wegner die in den vergangenen Monaten ergriffenen, umfangreichen Maßnahmen zur Stabilisierung der deutschen Wirtschaft. Alleine im Rahmen der Konjunkturpakete wurden Investitionen in einem Volumen von über 80 Milliarden Euro in Gang gesetzt. Das ehrgeizige Ziel dieses Kraftaktes: Deutschland soll die Krise nicht einfach nur überstehen, sondern gestärkt aus ihr hervorgehen. Wegner, der für die Union im Wirtschaftsausschuss sitzt und seit kurzem die Berliner Landesgruppe im Bundestag als Vorsitzender führt, ist davon überzeugt, dass dieses Ziel auch erreicht werden kann. Grundbedingung dafür sei jedoch, dass jetzt die richtigen politischen Konsequenzen aus der Krise gezogen würden: „Finanzielle Exzesse und mangelndes soziales Verantwortungsbewusstsein haben die Welt in die aktuelle Krise geführt. Für uns bedeutet das: Wir müssen wieder mehr das „Soziale“ unserer Marktwirtschaft definieren. Freiheit und Verantwortung gehören zusammen, so wie Erfolg und Solidarität zusammen gehören. Die Rückbesinnung auf die Grundzüge der Sozialen Marktwirtschaft, vor allem

der Überzeugung, dass Märkte eine Ordnung brauchen, damit sie den Menschen dienen können, ist das Gebot der Stunde.“

Aus der Krise lernen

Die derzeitige Finanzkrise hat Lücken im Regulierungssystem offenbart und Verwerfungen auf dem Finanzmarkt mit sich gebracht, die viele in diesem Ausmaß nicht für möglich gehalten hätten. Mit ihrem Beschluss „Den Finanzmarkt stabilisieren und neu ordnen – 5 Lehren aus der Krise“ plädiert die CDU/CSU-Bundestagsfraktion dafür, die Krise auch als Chance zu begreifen und die richtigen Lehren daraus zu ziehen, um die Bürgerinnen und Bürger zukünftig besser zu schützen.

Zwar haben die bisher beschlossenen Maßnahmen, wie das Finanzmarktstabilisierungsgesetz, bereits Wirkung gezeigt und das Bankensystem im Deutschland, anders als in anderen Staaten, vor schwerwiegenden Einschnitten bewahrt, doch ist es nach Ansicht der CDU/CSU-Bundestagsfraktion zum Zurücklehnen eindeutig zu früh. „Wir müssen weiter entschlossen handeln, um Deutschland

sicher durch die Krise zu führen“ heißt es in dem elfseitigen Positionspapier zur Stabilisierung des Finanzmarktes. Insgesamt fünf Reformvorschläge sind darin enthalten, die den Standort Deutschland gestärkt aus der Krise hervorgehen lassen sollen. So soll die internationale Finanzmarktarchitektur schlagkräftiger gemacht und die Bankenaufsicht durch eine Zusammenlegung der Finanzaufsicht unter dem Dach der Deutschen Bundesbank effizienter gestaltet werden. Durch maßvolle, aber wirksame Maßnahmen soll zudem die Transparenz am Kapitalmarkt erhöht und zugleich die finanzielle Ausstattung der Marktteilnehmer verbessert werden. Einen zentralen Reformpunkt des Papiers bildet die Vergütung von Managern. Diese soll nach dem Willen der CDU/CSU-Bundestagsfraktion zukünftig deutlich stärker an nachhaltigen Erfolgen ausgerichtet werden. Darüber hinaus soll der Verbraucherschutz im Finanzdienstleistungssektor verbessert werden.

Europa ist nicht weit weg

Am 7. Juni diesen Jahres finden wieder die Wahlen zum Europäischen Parlament statt. Spitzenkandidat der CDU Berlin ist Joachim Zeller.

Der 56jährige ist überzeugt, dass Berlin weiterhin eine starke Vertretung im Europäischen Parlament braucht, insbesondere durch Mandatsträger der Berliner Union. Gerade die aktuellen Ereignisse um die weltweite Finanz- und Wirtschaftskrise zeigen, wie wichtig mittlerweile die Europäische Union zur Bewältigung globaler Krisen geworden ist. Nicht nur im wirtschaftlichen Bereich, sondern auch bei der Bewältigung von sozialen Fragen und Sicherheitsbelangen von Staaten und Völkern, betont Zeller.

Dabei ist „Brüssel“, „Straßburg“ und „Europa“ gar nicht so weit weg, wie manche meinen. Dreiviertel aller Gesetze und Vorschriften haben mittlerweile ihren Ursprung in Europa und die Bewältigung von wirtschaftlicher und sozialer Benachteiligung in manchen Regionen und Metropolen ist ohne Hilfe der europäischen Fördermittel nicht möglich. Zu diesen Regionen gehören auch Berlin und die neuen Bundesländer. So kann Berlin in der Förderperiode 2007 bis 2013 die Summe von 1,2 Milliarden Euro aus Brüssel

abrufen. Zeller: „Viele soziale Projekte, aber auch Infrastrukturmaßnahmen und Maßnahmen der beruflichen Förderung wären ohne diese Mittel nicht möglich.“ Und auch über das Jahr 2013 hinaus wird Berlin noch auf diese Strukturmittel angewiesen sein. Als ehemaliger Bezirksbürgermeister und jetziger Bezirksstadtrat für Wirtschaft kann Joachim Zeller dabei auf reiche Erfahrungen aufbauen, und für ihn schließt sich der Kreis zwischen europäischer Politik auf der einen, und kommunaler Politik auf der anderen Seite.

Berlin liegt mitten in Europa, aber auch keine achtzig Kilometer entfernt von Polen, einem der wichtigsten neuen Beitrittsländer zu EU. Die Chancen, die sich aus dieser unmittelbaren Nachbarschaft ergeben, werden noch viel zu wenig erkannt – meint der studierte Slawist und Kenner Polens Joachim Zeller. Aber auch die Risiken, die damit verbunden sind, können nur im Dialog mit den polnischen Nachbarn gelöst werden. Joachim Zeller will die Chancen sicht-



barer machen und über die Risiken offen mit den polnischen Partnern reden.

Die deutsche Einheit und der europäische Einigungsprozess sind für Joachim Zeller zwei Seiten einer Medaille, die Europa Stabilität, Frieden, Wohlstand und Sicherheit gebracht haben. Dass dieser Prozess unumkehrbar ist und dabei die Stimme Berlins und besonders der Berliner CDU in Brüssel erhoben wird – das verbindet Joachim Zeller mit dem Wahlkampf zur Erringung des Mandats für das Europäische Parlament.

Zwischen dem 04. und dem 07. Juni 2009 haben die Bürgerinnen und Bürger der Europäischen Union zum siebten Mal die Gelegenheit, die Angeordneten für das Europäische Parlament zu wählen. Die allgemeinen, unmittelbaren, freien, gleichen und geheimen Wahlen finden nach Mitgliedsstaaten getrennt statt, der genaue Abstimmungstermin folgt dabei den jeweiligen Wahltraditionen des einzelnen Mitgliedsstaates. In Deutschland wird am Sonntag, dem 07. Juni 2009 gewählt, während beispielsweise in Großbritannien schon am Donnerstag, dem 04. Juli gewählt wird. Stimmberechtigt sind alle Bürgerinnen und Bürger der 27 Mitgliedsstaaten der Europäischen Union am Ort ihres Hauptwohnsitzes. Die Anzahl der Sitze pro Mitgliedsstaat wird nach dem Prinzip der „degressiven Proportionalität“ ermittelt, das bedeutet, dass Staaten mit mehr Einwohnern grundsätzlich mehr Abgeordnete in das Europäische Parlament entsenden, kleinere Staaten allerdings mehr Abgeordnete pro Einwohner aufweisen. Mit derzeit 99 Abgeordneten stellt Deutschland die mit Abstand größte Gruppe der insgesamt 785 Mitglieder

So wählt Europa



des Europäischen Parlaments. Anders als bei der Bundestagswahl haben die Wählerinnen und Wähler in Deutschland bei der Europawahl nur eine Stimme, mit der sie eine Partei oder Wählervereinigung wählen können. Die Vergabe der 99 Sitze für Deutschland erfolgt nach einer bundesweiten Berechnung nach dem Verhältniswahlrecht, wobei die 5-Prozent-Sperrklausel gilt.

Das Europäische Parlament wurde 1952 gegründet und bestand bei seiner ersten Zusammenkunft aus 78 nationalen Abgeordneten, die von den jeweiligen nationalen Parlamenten ausgewählt worden waren. Seither wurden die Kompetenzen des Europäischen Parlaments mehrmals deutlich erweitert, vor allem durch den Vertrag von Maastricht 1992, den Vertrag von Nizza 2001 und zuletzt durch den Vertrag von Lissabon 2007, der jedoch noch nicht in Kraft ist. Seit 1979 findet alle fünf Jahre eine Direktwahl zum Europäischen Parlament statt. Heute gehört das Parlament zu den fünf wichtigsten Institutionen der EU und repräsentiert die insgesamt 500 Millionen Bürgerinnen und Bürger der Europäischen Union.

„Unserer Geschichte

2009 ist ein Jahr großer Jubiläen: Deutschland blickt auf 60 Jahre Bundesrepublik und auf den 20. Jahrestag der Friedlichen Revolution zurück. Untrennbar verbunden mit der Geschichte unseres Landes ist die CDU, was sich auch in ihrer Mitgliedschaft auf treffende Weise widerspiegelt. Der Landes- und Fraktionsvorsitzende der CDU Berlin, Frank Henkel, traf sich zum Gespräch mit drei CDU-Mitgliedern, die, wie Henkel sagt, „unserer Geschichte ein Gesicht geben“.



So wie Dario Heymann. Der Abiturient ist im Jahr des Mauerfalls geboren und seit 2009 Mitglied der CDU. Die DDR kennt er nur aus Erzählungen seiner Eltern und aus dem Unterricht. „Doch in der Schule wird das



SED-Regime viel zu positiv dargestellt“, bemängelt er. Heymann ist der Partei beigetreten, weil er sich einsetzen, etwas bewegen will. „Das war bei mir damals genauso“, erinnert sich Frank Henkel. Er ist 1986 nach seiner Übersiedlung aus Ost-Berlin in die CDU eingetreten. „Die CDU hat Deutschland und Berlin immer als Ganzes gesehen und sich entschieden für die Deutsche Einheit eingesetzt, während sich andere schon längst mit der Teilung abgefunden hatten“, beschreibt Henkel die damalige Situation, „Ich habe durch die CDU die Gelegenheit erhalten, mich zu engagieren – für die Einheit und für eine bessere Politik“. Für seine Überzeugungen eintreten, etwas gestalten – das war auch für Petra Unfug der ausschlaggebende Grund, im Jahr der Friedlichen Revolution der CDU beizutreten. Noch heute gehört es zu den schönsten Momenten ihrer Mitgliedschaft, wenn sie sieht, dass Veranstaltungen



der CDU auf positive Resonanz stoßen und sie mit ihrer Parteiarbeit etwas bewirken kann. Petra Unfug kommt aus einer Familie „überzeugter SPD-Wähler“, wie sie sagt,

Die CDU Deutschlands - ein Rückblick auf den Anfang

Die CDU Deutschlands wurde im Juni 1945 in Berlin und im Rheinland gegründet. Die Idee der CDU als überkonfessionelle „Union“ aller christlich orientierten Kräfte war in den Widerstandskreisen und Gestapogefängnissen im Bewusstsein gemeinsamer Schicksale, politischer Überzeugungen und Leitbilder entstanden. Das staatliche Leben in Deutschland sollte auf christlicher, demokratischer und föderaler Grundlage aufgebaut werden. Vorsitzender der CDU und erster Bundeskanzler der Bundesrepublik Deutschland wurde Konrad Adenauer. Unter seiner Führung gelang der Bundesrepublik nach der Katastrophe des Zweiten Weltkrieges die europäische Integration so-

wie die Westbindung in Europäischer Gemeinschaft und NATO. Von entscheidender Bedeutung wurde auch die durch Ludwig Erhard geprägte Soziale Marktwirtschaft, die die entscheidenden Weichen für das Wirtschaftswunder in den 1950er Jahren stellte. Das zentrale Ziel der CDU war seit der Teilung Deutschlands die Wiedervereinigung. 1989 schufen die Menschen in Ostdeutschland mit einer friedlichen Revolution die Voraussetzung dafür. Unter der Regierung von Helmut Kohl entstand ein einiges, freies und fest im Westen verankertes Deutschland. Seit 2005 stellt die CDU mit Angela Merkel die erste Bundeskanzlerin in der Geschichte der Bundesrepublik Deutschland.

ein Gesicht geben“



Frank Henkel im Gespräch mit dem 19jährigen Dario Heymann, mit Petra Unfug, die seit 20 Jahren CDU-Mitglied ist und mit Dr. Albert Kosler, dessen Mitgliedsausweis von 1949 rechts oben abgebildet ist.

„aber ich fühlte mich schon immer zur CDU hingezogen“. Von der SPD sei sie zu oft enttäuscht worden. So auch 1989, als die SPD in Berlin entgegen vorheriger Versprechen nach der Wahl eine rot-grüne Koalition bildete. „Als Wähler so beschummelt zu werden, das fand ich furchtbar“, erinnert sie sich, „da musste ich was tun“. Das mit Abstand langjährigste CDU-Mitglied in der Runde ist Dr. Albert Kosler, der vor genau 60 Jahren in die Partei eintrat. „Noch vor Gründung der DDR“, wie der Treptow-Köpenicker betont. Nach dem Krieg hat der damals 16-Jährige „die Kommunisten so richtig kennengelernt“ und musste viele negative Erfahrungen mit ihnen sammeln. „Ich wollte denen nicht alles überlassen“, erklärt Dr. Kosler und man spürt noch heute seine Entschlossenheit. Trotz erheblicher Hürden, die ihm durch die SED

auferlegt wurden, hatte er sich nie ausbremsen lassen. Während Bundeskanzler Konrad Adenauer und Wirtschaftsminister Ludwig Erhard (beide CDU) nach dem Krieg die



ausschlaggebenden Weichen für einen beispiellosen Aufstieg der Bundesrepublik Deutschland durch das Wirtschaftswunder stellten und den Menschen in Westdeutschland ein Leben in Freiheit und Wohlstand möglich war, blieb dies DDR-Bürgern wie Dr. Kosler verwehrt. Erst nach dem Zusammenbruch des SED-Regimes erhielt er die Gelegenheit, sich demokratisch zu engagieren und so gehörte er tatsächlich der ersten frei gewählten Volkskammer der DDR an. „An der Deutschen Einheit mitzuwirken war eines meiner schönsten Erlebnisse“, resümiert Dr. Kosler heute. „Die damalige Leistung der DDR-Bürger und der Regierung Kohl ist einmalig“, denkt Henkel an die Zeit zurück.

„Die CDU war in der Geschichte unseres Landes diejenige Partei, die die entscheidenden Grundsteine für Freiheit, Wohlstand und Einheit gelegt hat“, so Henkel abschließend.



Besonders günstige Beiträge für CDU-Mitglieder



HDI

HDI Versicherungen

Sparen Sie Geld!

- Das Angebot exklusiv für CDU Mitglieder:
Warum sparen Sie Geld bei HDI?
 - CDU Mitglieder handeln verantwortungsvoll. Das belohnt HDI mit besonders günstigen Preisen
 - Starkes Preis-Leistungs-Verhältnis: HDI arbeitet günstiger als Direktversicherer
 - Schnelle und unbürokratische Hilfe im Schadensfall
 - Kombi-Sparbeiträge: Beitragsersparnis für Mitglieder bis 27%

Telefon 0180 2 703703*
Telefax 030 3204-455

*6 Ct. pro Anruf aus dem Festnetz der Dt. Telekom, abweichende Preise aus Mobilfunknetzen möglich.

HDI
Niederlassung Berlin
Stichwort: „CDU“
Krausenstraße 9-10
10117 Berlin

CDU will Aufstiegschancen für alle Schüler

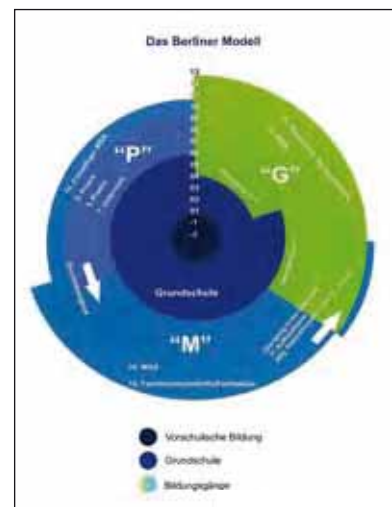
„Es gibt kein Einheitskind, deshalb brauchen wir auch keine Einheitsbildung“, so fasst Frank Henkel, Landes- und Fraktionsvorsitzender

einen qualifizierten Schulabschluss bieten. Dabei geht es der CDU um den Anspruch begabungsgerechter Förderung ohne Stigmatisierung, aber

mit selbstverständlichem Leistungsanspruch und sozialer Verantwortung. Das bedeutet Aufstieg durch Bildung. Frank Henkel bekräftigt: „Alle müssen einbezogen, keiner darf zurückgelassen werden.“



der CDU Berlin, den „Masterplan Bildung“ der Berliner Union zusammen, der derzeit in den Gliederungen der Partei diskutiert wird. In neuen kooperierenden Bildungsgängen sollen nach dem von einer Expertenkommission erarbeiteten Plan die Talente der Schüler bestmöglich bei größter Durchlässigkeit gefördert werden. Schwerpunkte liegen dabei auf der vorschuli-



sehen Erziehung, der praktischen Talentförderung und dem Ausbau der Gymnasien. Auf einer Landesmitgliederversammlung wurde der Masterplan unter Leitung der Spitze der Expertenkommission, Dr. Eva-Maria Kabisch, Sascha Steuer und Katrin Schultze-Berndt, vorgestellt.

Das Berliner Schulsystem soll danach jedem jungen Berliner die Chance auf eine erfolgreiche Schulkarriere und

Auf dieser Grundlage hatte die Masterplan-Kommission Bildung in anderthalb Jahren ein neues Strukturmodell entwickelt.

Sascha Steuer, bildungspolitischer Sprecher der CDU-Fraktion, fordert eine Schulstruktur, die die Unterschiedlichkeit der Schüler nicht ignoriert und alle schlicht nebeneinander setzt. Dies wäre genauso falsch, wie Schüler durch unattraktive Schulformen zu stigmatisieren. Steuer: „Wir brauchen Vielfalt und damit Chancen für alle Schüler.“ Das komplette Programm finden Sie unter www.cduberlin.de.



Die CDU-Chefs in den Berliner Bezirken



Spannende Wochen liegen hinter der CDU Berlin. In allen zwölf Kreisverbänden wurde ein neuer Vorstand gewählt. Während zehn Kreisvorsitzende in ihren Ämtern bestätigt wurden, steht in Charlottenburg-Wilmersdorf und in Neukölln jeweils ein neues Gesicht an der Spitze des Kreisverbandes.

Den Auftakt zu den Vorstandswahlen in den zwölf Kreisverbänden der CDU Berlin bildeten am 20. Februar 2009 Steglitz-Zehlendorf, Treptow-Köpenick und Wuhletal. In Steglitz-Zehlendorf wurde Michael Braun in seinem Amt als

Kreisvorsitzender bestätigt. Der Stellvertretende Vorsitzende der CDU-Fraktion im Abgeordnetenhaus von Berlin

ist Leiter des Arbeitskreises Kultur und kulturpolitischer Sprecher. Erneut zum Kreisvorsitzenden von Treptow-Köpenick wurde Fritz Niedergesäß gewählt. Der Diplombauingenieur ist auch Vorsitzender

des Unionhilfswerkes Treptow sowie Ortsvorsitzender von Bohnsdorf. Einstimmig in seinem Amt als Kreisvorsitzender von Wuhletal bestätigt wurde Mario Czaja. Der gesundheitspolitische Sprecher der CDU-Fraktion ist ebenfalls Stellvertretender Fraktionsvorsitzender. Die Kreisverbände Tempelhof-Schöneberg, Friedrichshain-Kreuzberg und Pankow wählten am darauf folgenden Tag ihre Vorstände. In Tempelhof-Schöneberg wurde erneut der Vorsitzende des Arbeitskreises Haushalt und Finanzen der CDU-Fraktion im Abgeordnetenhaus, Florian Graf, klar bestätigt. Mit deutlichem Ergebnis wurde auch Dr. Wolfgang Wehrl wieder zum Kreisvorsitzenden von Friedrichshain-Kreuzberg gewählt. Der ehemalige Finanzsenator von Berlin und Vizepräsident des BDE, Peter Kurth, wurde mit deutlicher Mehrheit als Kreisvorsitzender von Pankow bestätigt. In der folgenden Woche wählten zunächst die Kreisverbände Mitte, Reinickendorf und Charlottenburg-Wilmersdorf sowie anschließend Neukölln, Lichtenberg und Spandau einen neuen Kreisvorstand. Im Kreisverband Mitte wurde der Landes- und Fraktionsvorsitzende der CDU

Berlin, Frank Henkel, wieder mit einem beeindruckenden Votum gewählt. Der Stellvertretende Fraktionsvorsitzende und Vorsitzende des Wirtschaftsausschusses der Berliner CDU, Dr. Frank Steffel, durfte sich über ein fulminantes Wiederwahlergebnis in Reinickendorf freuen. Steffel ist ebenfalls Direktkandidat der CDU Berlin für die Bundestagswahl 2009. In Charlottenburg-Wilmersdorf steht mit dem sportpolitischen Sprecher der CDU-Fraktion, Andreas Statzkowski, ein neues Gesicht an der Spitze des Kreisverbandes, nach-

dem der langjährige Vorsitzende Ingo Schmitt nicht mehr zur Wahl angetreten ist. Neuerungen gab es auch in Neukölln. Hier wurde der Bezirksstadtrat Michael Büge zum neuen Vorsitzenden gewählt. In Lichtenberg konnte sich Gregor Hoffmann mit fünf Stimmen Mehrheit gegen Günter Toepfer durchsetzen, der nun die Position des Stellvertretenden Kreisvorsitzenden innehat. Der Kreisverband Spandau wählte seinen bisherigen Vorsitzenden, den Bundestagsabgeordneten Kai Wegner, mit 95,9 Prozent der Stimmen wieder.



- 1 Reinickendorf: Dr. Frank Steffel
- 2 Pankow: Peter Kurth
- 3 Spandau: Kai Wegner
- 4 Mitte: Frank Henkel
- 5 Lichtenberg: Gregor Hoffmann
- 6 Charlottenburg-Wilmersdorf: Andreas Statzkowski

- 7 Friedrichshain-Kreuzberg: Dr. Wolfgang Wehrl
- 8 Wuhletal (Marzahn-Hell.): Mario Czaja
- 9 Steglitz-Zehlendorf: Michael Braun
- 10 Tempelhof-Schöneberg: Florian Graf
- 11 Neukölln: Michael Büge
- 12 Treptow-Köpenick: Fritz Niedergesäß

DIE CDU IN DEN BERLINER BEZIRKEN

GESCHÄFTSSTELLEN UND BÜRGERBÜROS

Reinickendorf

Großkopffstraße 6-7, 13403 Berlin
Tel.: 496 12 46, Fax : 496 30 53
Email: info@cdu-reinickendorf.de
Internet: www.cdu-reinickendorf.de

Mitte

Wallstr. 14 A, 10179 Berlin
Tel.: 395 27 80, Fax: 3903 4144
Email: cdukv0509@aol.com
Internet: www.cduberlinmitte.de

Pankow

Prenzlauer Promenade 179, 13189 Berlin
Tel.: 428 74 81, Fax: 428 06 377
Email: kgs@cdupankow.de
Internet: www.cdupankow.de

Lichtenberg

Siegfriedstr. 204 C, 10365 Berlin
Tel.: 9760 1933, Fax: 9760 1928
Email: cdu-lichtenberg@t-online.de
Internet: www.cdulichtenberg.de

Spandau

Hoher Steinweg 4, 13597 Berlin
Tel.: 333 11 33, Fax: 333 95 23
Email: info@cdu-spandau.de
Internet: www.spandau-partei-cdu.de

Wuhletal (Marzahn-Hellersdorf)

Hultschiner Damm 24, 12623 Berlin
Tel.: 56 69 74 50, Fax: 56 69 74 55
Email: cdu-wuhletal@t-online.de
Internet: www.cduwuhletal.de

Charlottenburg-Wilmersdorf

Otto-Suhr-Allee 100, 10585 Berlin
Tel.: 341 35 34, Fax: 341 02 50
Email: info@city-cdu.de
Internet: www.city-cdu.de

Treptow-Köpenick

Rudower Chaussee 12, 12489 Berlin
Tel.: 6397 9871, Fax: 6397 9872
Email: info@cdu-tk.de
Internet: www.cdu-treptow-koepenick.de

Steglitz-Zehlendorf

Clayallee 349, 14169 Berlin
Tel.: 791 17 89, Fax: 797 011 71
Email: kontakt@cdusz.de
Internet: www.cdusz.de

Tempelhof-Schöneberg

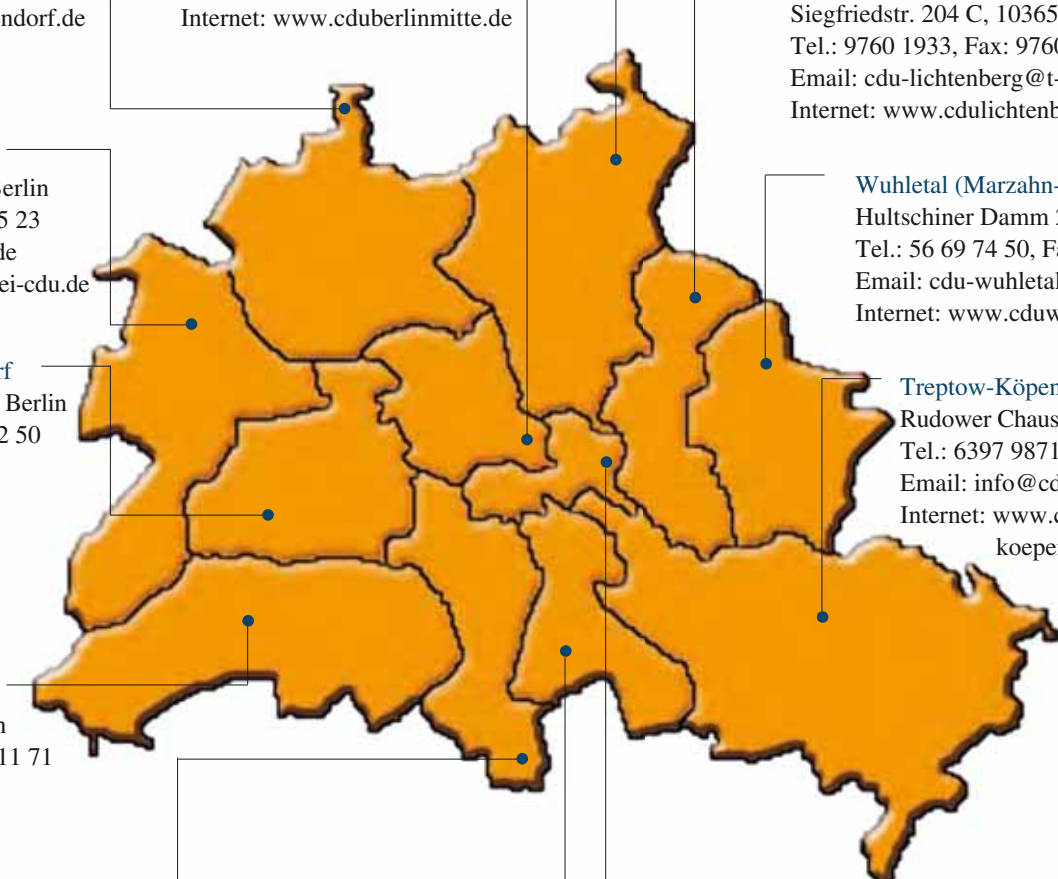
Tempelhofer Damm 158/160, 12099 Berlin
Tel.: 751 33 88, Fax: 752 22 74
Email: cdu_tempelhof@t-online.de
Internet: www.cdu-tempelhof-schoeneberg.de

Neukölln

Donaustr. 100 , 12043 Berlin
Tel.: 687 22 99, Fax: 681 77 41
Email: info@cdu-neukoelln.de
Internet: www.cdu-neukoelln.de

Friedrichshain-Kreuzberg

Markgrafenstraße 87, 10969 Berlin
Tel.: 2529 9580, Fax: 2529 9582
Email: cdukv0502@aol.com
Internet: www.friedrichshain-kreuzberg-cdu.de



www.union-portal.de - Ihr Service-Portal -

Tel.: (0 30) 47 888 222

Wir laden Sie herzlich ein,
unsere **Hausmesse**
am **07. April 2008**

in den Geschäftsräumen der
Berliner CDU zu besuchen. Bei
dieser Gelegenheit können Sie
sich über unsere Produkte und
Leistungen informieren.

mit:
einem Bildarchiv aus
Hauptstadtmotiven
auf Sie abgestimmten
Drucksachen
originellen
Werbemitteln
Zeit und Kraft sparenden
Dienstleistungen

**Wir unterstützen
Ihre Arbeit für
die Berliner Union.**

 **Union-Portal**

AUS DEM BUNDESTAG

Die wichtigste Ressource ist der Mensch

„Bildung als soziale Frage des 21. Jahrhunderts“ – das war der Titel der Bundesdelegiertenversammlung des Rings Christlich-Demokratischer Studenten (RCDS). Prof. Monika Grütters sprach zur Eröffnung: „Gerade in der derzeitigen schwierigen wirtschaftlichen Situation gilt: Deutschlands wichtigste Ressource sind gut ausgebildete Menschen“.



Dafür habe die Bundesregierung in dieser Legislaturperiode viel getan. Sei es der Ausbau der Ganztagschulen, die von 1.000 im Jahr 2004 auf 7.000 im Jahr 2008 gewachsen sind, die Stärkung der frühkindlichen Bildung, die BAföG-Erhöhung um 10 Prozent, der Hochschulpakt, der 91.370 neue Studienplätze ermöglicht, die Lissabon-Strategie oder die Exzellenzinitiative – noch nie habe eine Bundesregierung so viel in Bildung und Wissenschaft investiert und das Budget dafür so enorm erhöht so Grütters

Lebensrettende Spenden für Kinder

Weit über ein Jahr ist vergangen, seitdem der Steglitz-Zehlendorfer Bundestagsabgeordnete Karl-Georg Wellmann den gemeinnützigen Verein „Berlin hilft e. V.“ (www.berlin-hilft.de) gegründet hat und gemeinsam mit den Berliner Helios-Kliniken in Zehlendorf und Buch einigen schwerkranken Kindern aus der Ukraine



das Leben rettete. Zuletzt der kleinen Anastasia: Sie leidet an den Folgen eines offenen Rückens. Inzwischen sind mehrere Operationen im Helios-Klinikum Emil-von-Behring in Berlin-Dahlem erfolgt. Mithilfe einer Beinprothese kann sie nun sogar schon krabbeln. Diese Hilfsaktion wurde nur möglich, weil die Ukrainische Botschaft in Berlin und einige Sponsoren aus der deutschen Wirtschaft den Verein unterstützen. Jede Spende ist lebenswichtig. Karl-Georg Wellmann nutzte deshalb auch die Frauen-Infobörse in Steglitz-Zehlendorf zur Werbung (Foto: Wellmann (re.)) zusammen mit Norbert Schmidt, Stadtrat für

Soziales und Sport (li.). Spendenkonto: Berliner Volksbank eG, Stichwort „Berlin hilft“, BLZ: 100 900 00, Konto-Nr.: 74 75 92 50 03.

Feierliches Gelöbnis im Lazarettregiment

Für Kai Wegner war es eine besondere Ehre und Freude, beim feierlichen Gelöbnis der Rekrutinnen und Rekruten des Lazarettregimentes 31 reden zu dürfen. Denn als waschechter Einwohner der alten Garnisonstadt Spandau fühlt sich der Bundestagsabgeordnete dem Sanitätsregiment, das schon über ein halbes Jahrzehnt in der Spandauer Blücher-Steinhoff-Kaserne Zuhause ist, sehr verbunden. Wegner in seiner Rede vor den über 1000 Anwesenden: „Unser Land braucht junge Menschen, die voller Überzeugung ihren Dienst tun. Sie übernehmen Verantwortung für unser Land, für den Schutz von Frieden, Freiheit und Menschenrechten.“ Darüber hinaus dankte er den ebenfalls anwesenden Soldatinnen und Soldaten des Regimentes, die gerade aus dem Kosovo und Afghanistan zurückgekehrt sind. Ihr Einsatz dokumentiere, dass die Deutsche Bundeswehr als Vertreter des Deutschen Volkes ihre Friedensmissionen in der Weltgemeinschaft ernst und verantwortungsvoll wahrnehme.



Türkische Blockade mit Folgen

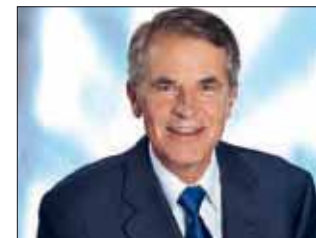
Die jüngste Entschließung des Europäischen Parlaments zu den Beitrittsverhandlungen der EU mit der Türkei darf nach Meinung des für Verkehrs- und Europapolitik zuständigen Bundestagsabgeordneten Ingo Schmitt nicht ohne Konsequenzen bleiben. Danach ist eine breite partiübergreifende Mehrheit der Abgeordneten besorgt, weil es in der Türkei eine stete Verlangsamung des Reformprozesses gibt. Insbesondere ist die Meinungs- und Pressefreiheit in der Türkei immer noch nicht ausreichend geschützt und nach wie vor werden Menschen aufgrund des Pressegesetzes verfolgt. „Seit Beginn der Beitrittsverhandlungen zeigt sich Ankara schwerfällig und unwillig, die in der EU geltenden Standards bei Menschenrechten, Presse-, Meinungs- und Reli-

gionsfreiheit anzuerkennen. Die Gespräche können daher nicht einfach weitergehen, sondern sollten jetzt bis auf weiteres ausgesetzt werden. Die Regierung Erdogan muss erkennen, dass ihre Hinhaltepolitik in essentiellen Fragen Folgen hat“, erklärte Schmitt.



Tempelhof-Nachnutzung überfordert Senat

Der Umgang des Berliner Senats unter Klaus Wowereit (SPD) mit dem Flughafen Tempelhof bietet erneut Anlass zur Kritik. Im Vordergrund steht die Kurzzeit-Vermietung an die Modemesse Bread & Butter: Über 10 Jahre soll die Messe den Flughafen nutzen dürfen – jeweils für zwei Monate im Jahr. Dadurch sind andere Nutzer des Gebäudes gezwungen, vorübergehend ihren Bereich zu räumen oder das Gelände ganz zu verlassen. Damit die Auswirkungen für die Steuerzahler nicht im Dunkeln bleiben, hat die CDU im Berliner Abgeordnetenhaus Einsichtnahme in die Verträge beantragt. Nun prüft möglicherweise auch noch der Bundesrechnungshof, weil Vermögensinteressen des Bundes als Miteigentümer betroffen sind. Peter Rzepka, Bundestagsabgeordneter aus Tempelhof-Schöneberg: „Die Entwicklung einer zentral gelegenen Immobilie dieser Dimension verlangt die volle Aufmerksamkeit des Regierenden Bürgermeisters, kein konzeptionsloses Durchwursteln.“



Die Landesgruppe der fünf Berliner CDU-Bundestagsabgeordneten:

Prof. Monika Grütters ist Spitzenkandidatin der CDU-Berlin für die kommende Bundestagswahl und hat ihren Wahlkreis in Marzahn-Hellersdorf, sie ist Obfrau der CDU/CSU-Fraktion für Kultur und Medien. Karl-Georg Wellmann, zweiter der CDU-Liste, will wieder sein Direktmandat im Wahlkreis Steglitz-Zehlendorf gewinnen; er ist Fachmann für Außenpolitik, Bauen und Umweltschutz. Der jüngste MdB, Kai Wegner, ist zugleich neuer Landesgruppenvorsitzender, Wirtschaftsfachmann und Spandauer Kandidat, sowie auf Platz 5 der Liste. Ingo Schmitt, Direktkandidat in Charlottenburg-Wilmersdorf, ist ausgewiesener Verkehrsexperte. Peter Rzepka, Tempelhof-Schöneberg, zeichnet sich durch den unermüdlichen Einsatz für seinen Bezirk aus.

UNION VOR ORT

Kompromisslos für Jugendarbeit

Kompromisslos für den Mellowpark – kompromisslos für Jugendarbeit. **Niels Korte**, der als Professor für Sozialarbeit lehrt und CDU-Direkt-Kandidat in Treptow-Köpenick ist, bezeichnete den Erfolg dieses Projektes der Jugendarbeit als „nahezu einmalig in Deutschland, denn der Träger finanziert seine Arbeit selbst, ist national und international bekannt und verknüpft Jugendarbeit

sinnvoll mit einer wirtschaftlichen und selbständigen Orientierung der jungen Leute“. Korte bekräftigte den Standpunkt der CDU in Treptow-Köpenick, dass der künftige Standort des Mellowparks nur das Paul-Zobel-Areal sein kann. Erst Mitte Februar hatte der größte BMX- und Skatepark in Europa eine Gnadenfrist für die laufende Saison und den alten Standort erhalten. Somit muss der Mellowpark noch in diesem Jahr auf ein anderes geeignetes Grundstück umziehen. Aus Sicht des Betreibers, dem Verein All eins e.V., ist der Umzug aber nur auf das 66.000 Quadratmeter große Grundstück an der Wuhlheide sinnvoll, auf dem sich das Paul-Zobel-Stadion befindet. Doch dieses Areal wurde 2006 vom Bezirk Treptow-Köpenick an den Liegenschaftsfonds Berlin übergeben, welcher Ende 2008 einen Verkauf für 5,6 Millionen Euro initiierte. Der Aufsichtsrat des Fonds und der Vermögensausschuss des Abgeordnetenhauses müssen diesem Verkauf noch zustimmen. Der Aufsichtsrat des Liegenschaftsfonds Berlin, dessen alleiniger Gesellschafter das Land Berlin ist, kann diesen Verkauf noch verhindern und so den Mellowpark retten. CDU-Direktkandidat Niels Korte fordert von Gregor Gysi (LINKE) und Karl-Josef Wasserhövel (SPD) sich für den Erhalt des Mellowparks

bei den Aufsichtsräten einzusetzen, denn deren Parteigenossen stellen die Mehrheit im Aufsichtsrat.

A bis Z im Märkischen Viertel

Großer Ärger oder großer Wurf – unter diesem Motto stand die öffentliche Veranstaltung der CDU-Märkisches Viertel, bei der insbesondere die Problematik der Sanierung des Märkischen Viertels durch die GESOBAU AG Kernthema des Abends war. Mehr als 600 Teilnehmer nutzten die Möglichkeit, unter der Moderation des Wahlkreisabgeordneten **Michael Dietmann** (CDU) sowie im Beisein von Vertretern des Vorstandes der GESOBAU AG, all ihre Fragen rund um die Sanierung, Modernisierung aber auch um die allgemeine Situation im Märkischen Viertel loszuwerden.



Die Themen reichten von A wie Abfallbeseitigung über Müllabwurfanlagen bis Z wie Zeitplan. In der Frage der Müllabwurfanlagen fordert die CDU den Erhalt der Anlagen.

Erfolgreiche Kleidersammelaktion

Der CDU Ortsverband Hohenschönhausen rief zusammen mit dem Lebensmut e.V. vor kurzem zur Kleidersammelaktion im Kieztreff „Falkenbogen“ in der Grevesmühlener Straße auf, an der sich zahlreiche Bürgerinnen und Bürger aus Hohenschönhausen und Lichtenberg beteiligten. Die Kleiderspenden, die von der Lichtenberger Hilfe abgeholt wurden, werden nun sinnvoll an Hilfsbedürftige verteilt. „Für die zahlreichen Spenden der engagierten Bürgerinnen und Bürger aus Hohen-



schönhausen möchten wir uns recht herzlich bedanken. Unser Dank gilt auch dem CDU Landesverband, der sich mit einer großzügigen Kleiderspende beteiligte“, sagte **Martin Pätzold** (zweiter von rechts), Vorsitzender der CDU Hohenschönhausen. „Gemeinsam trägt diese Aktion zu einem Stück mehr an Solidarität der Bürgerinnen und Bürger untereinander bei“ ergänzte **Edeltraut Töpfer** (rechts), Direktkandidatin der CDU in Lichtenberg. Die nächste Kleidersammelaktion wird im September 2009 stattfinden.

„Kultursensible Pflege im Alter“

Am 17. Februar 2009 lud das Kommunalpolitische Bildungswerk gemeinsam mit dem Deutschen Ärztinnenbund und der Frauen Union Berlin-Mitte zum Fachgespräch über kultursensible Pflege im Alter. Mit dabei: **Emine Demirbüken-Wegner** und **Gregor Hoffmann**, beide Abgeordnete der CDU-Fraktion im Abgeordnetenhaus (Bildmitte) sowie **Dr. Camilla Bühring** (links) und **Barbara Herrmann** (rechts). In den kommenden Jahren wird immer mehr mit pflegebedürftigen alten Menschen zu rechnen sein, die einen anderen kulturellen und religiösen Hintergrund



mitbringen als die Mehrheit der bisherigen Pflegebedürftigen. Gerade bei alten Menschen erfordert dies

eine höhere Sensibilität beim Pflegepersonal. Hier gäbe es jedoch noch Nachholbedarf, so Demirbüken-Wegner. Ein Weg dahin ist auch die Motivation von Menschen mit Migrationshintergrund für Pflegeberufe. Eine interkulturelle Öffnung ist jedoch grundsätzlich auf beiden Seiten notwendig. Zudem fordern Fachleute eine Erhöhung

des Betreuungsschlüssels.

Gregor Hoffmann ermutigte die Betroffenen, mit konkreten Forderungen auf die Politik zuzukommen, damit tragfähige Lösungen erarbeitet werden können.

Vorankündigungen

Alle „Trümpfe“ in der Hand

Am Freitag, dem 3. April 2009, Beginn: 18.00 Uhr, findet in den Antik-Stuben im „Kunigundeneck“ Werderstraße 14, 12105 Berlin, wieder das Tempelhofer Skatturnier statt. Neben Spaß am Skatenspiel winken attraktive Preise.

Das Startgeld inklusive eines kleinen Imbiss beträgt 5 Euro. Aufgrund der begrenzten Teilnehmerzahl wird um telefonische Anmeldung bei Herrn Drews unter Tel.-Nr.: 75 51 49 91 (ab 16.00 Uhr) gebeten.

Kommunalwahlen 1989 in der DDR

Zeitzeugen aus der ersten Reihe diskutieren die Ereignisse rund um die skandalträchtigen Kommunalwahlen im Mai 1989, die letztlich zum Vorspiel der Wende wurden.

Mit **Brigitte Seebacher-Brandt** trifft eine erstklassige Kennerin der Sozialdemokratie dieser Zeit auf **Eberhard Dieppen**, der damals, wie kein Zweiter für die Berliner CDU stand. **Vera Lengsfeld** berichtet von der Demokratiebewegung jenseits des Brandenburger Tors und **Prof. Manfred Wilke** erläutert den historischen Background. Die Diskussion findet statt am Montag, dem 4. Mai, ab 19.00 Uhr, im Ernst-Reuter-Haus, Straße des 17. Juni.

DAS RUNDSCHAU-RÄTSEL



„Ich habe das erste Mal in meinem Leben an einer Preisausschreibung teilgenommen und gewonnen“, war die Reaktion der Gewinnerin des vorletzten Rundschau-Rätsels, Gisela Burmeister, als sie ihren Gewinn vom CDU Landesverband Berlin persönlich übergeben bekam (kleines Foto, rechts).

In dieser Ausgabe unseres Rundschau-Rätsels haben wir uns nu als Architekten in der Eingangshalle des Preußischen Landtags betätigt. Ebenso wie bei den zahlreichen Umbauten des heute denkmalgeschützten Gebäudes im Zuge seiner wechselvollen Nutzungsgeschichte wurden auch nun sechs Details verändert – jedoch nur grafisch.



Finden Sie die sechs Unterschiede zwischen den Bildern und mit ein wenig Glück gewinnen Sie einen 100-Euro-Gutschein vom Kulturkaufhaus Dussmann. Einsendeschluss ist der 3. April.

Für die richtige Lösung des letzten Rundschau-Rätsels darf sich Regina Paulke aus Tempelhof-Schöneberg über zwei Ehrenkarten für ein Heimspiel unserer Handballbundesliga-Mannschaft Reinickendorfer Füchse freuen. Herzlichen Glückwunsch!



KBB



**Fit für das Mandat:
Hilfe aus der Praxis
für die Praxis**

**Hier finden Sie das
aktuelle Programm
www.kbb-berlin.de**

**Und so erreichen
Sie uns:**

**Kommunalpolitisches
Bildungswerk
Berlin e.V. (KBB)
Paul-Lincke-Ufer 8b
10999 Berlin
Tel. (030) 204 509 32**

info@kbb-berlin.de

HERAUSGEBER UND VERLAG

CDU-Landesverband Berlin,
Wallstraße 14 A, 10179 Berlin
Tel.: 030 - 32 69 04-0 • Fax: 030 - 32 69 04 -44

REDAKTIONS LEITUNG:
Frank Henkel

CHEFREDAKTEUR:
Dirk Reitze

REDAKTION:
Ada Wendel, Melanie Groll, Jan Luther,

LAYOUT und PRODUKTION:

Verlag ante portas e. K.
BerlinMedia GmbH

BILDNACHWEIS

von oben links nach unten rechts:

- S. 1: iStock mars bars, CDU/L. Chaperon, Bundesbank,
Wikipedia, Bundesarchiv, Rossbach, Reitze;
S. 2: Wikipedia, Reitze, BerlinMedia;
S. 3: Reitze;
S. 5: Sebastian Bolesch, Reitze;
S. 6: Luther, Dtsch. Bundestag;
S. 7: Rossbach, iStock Franky De Meyer;

- S. 8, 9: alle Reitze; S. 10: alle Reitze;
S. 11: nasa, CDU-Fraktion Berlin, Reitze, privat;
S. 13: 4 x privat, Reitze;
S. 14: 3 x privat, Bernhardt Link;
S. 15: Reitze, Scharf;
S. 16: ProReli

Für nicht angeforderte Manuskripte wird keine Haftung
übernommen. Namentlich gekennzeichnete Beiträge
geben nicht unbedingt die Meinung der Redaktion wieder.
Bezugspreis ist im Mitgliedsbeitrag enthalten.
Erscheinungsweise: Erscheint einmal im Quartal

**Der KBB-Vorstand:
Tim-Rainer Bornholt
Jürgen Vogt
Volker Liepelt
Verena Butalikakis
Frank Henkel**

Die Vielfalt respektieren – Ein Plädoyer für Wahlfreiheit

Moralisch begründetes Verhalten ist wichtig – nicht nur für den Einzelnen, sondern auch für die Gesellschaft insgesamt.

Wir bewundern zu Recht diejenigen Menschen, die aufgrund ihrer tiefsten Überzeugungen und Wertvorstellungen den beiden Diktaturen auf deutschem Boden entschiedenen Widerstand geleistet haben. Ob Dietrich Bonhoeffer als überzeugter evangelischer Christ, Bernhard Lichtenberg als katholischer Priester oder Carl von Ossietzky als atheistischer Humanist – sie alle sind große Widerstandskämpfer gegen den Nationalsozialismus, die ihr Leben in einer festen religiösen oder weltanschaulichen Verwurzelung gelebt und daraus Werte entwickelt haben, nach denen sie gehandelt haben. Andererseits haben wir in der jüngsten Vergangenheit immer wieder erschreckende Beispiele dafür erlebt, wozu fehlgeleiteten Moralvorstellungen auch führen können. Vor diesem Hintergrund ist es wichtig, dass gerade Kindern und Jugendlichen die Gelegenheit geboten wird, sich aktiv mit Moral und Wertevorstellungen auseinanderzusetzen.

atheistische Humanist in einzelnen moralischen Wertungen zum selben Ergebnis kommen wie etwa der überzeugte Christ. Wichtig für beide ist aber, dass sie ihre eigene Moral in Einklang mit ihren Vorstellungen vom Sinn des Lebens entwickeln können. Daher muss ein auf die ethische und moralische Bildung junger Menschen ausgerichteter Unterricht nach deren Grundüberzeugungen differenzieren. Christliche, muslimische, jüdische oder atheistische Schülerinnen und Schüler werden unterschiedliche Fundamente für ihre moralischen Vorstellungen entdecken. Es ist Sache des Staates, diese Vielfältigkeit zu respektieren. Nur wer seine moralischen und ethischen Vorstellungen mit seiner Vorstellung von Leben in Einklang zu bringen vermag, wird in seiner Haltung gefestigt sein und gleichzeitig Verständnis und Toleranz gegenüber denjenigen wahren können, die andere Grundvorstellungen haben. Daher sollte neben Ethik auch Religion als gleichberechtigtes Unterrichtsfach an den Berliner Schulen angeboten werden – wie dies in übrigens fast allen anderen Bundesländern bereits heute der Fall ist.

Ganz gleich, ob evangelische oder katholische Christen, Moslems, Juden oder überzeugte Atheisten, sie alle sollen und müssen die Möglichkeit erhalten, die Grundlagen ihrer eigenen Überzeugung kennen zu lernen und damit das eigentliche Fundament ihrer ethischen und moralischen Vorstellungen zu legen. Dafür setzt sich die Initiative „Pro Reli“ ein. Am 26. April 2009 haben die Berlinerinnen und Berliner die Möglichkeit, darüber abzustimmen, ob Religion als gleichberechtigtes Unterrichtsfach an Berliner Schulen angeboten werden soll.



Beim Volksentscheid zur Wahlfreiheit zwischen Ethik und Religion an Berliner Schulen geht es um den Kampf gegen staatliche Bevormundung. „Am 26. April ist Tag der Freiheit“, heißt es auf den vor dem Brandenburger Tor vorgestellten Plakaten der Initiative ProReli.

Moralische Bewertungen hängen vom jeweiligen Menschenbild und davon ab, was der Betrachter als den Sinn des Lebens ansieht. So mag der

Möglichkeit, darüber abzustimmen, ob Religion als gleichberechtigtes Unterrichtsfach an Berliner Schulen angeboten werden soll.

Was bedeutet eigentlich „Wahlzwang“?

In Ermangelung fundierter Argumente sprechen die Gegner von Pro Reli gerne von „Wahlzwang“, um die von der Initiative angestrebte Wahlfreiheit zu diskreditieren. Doch was ist eigentlich unter „Wahlzwang“ zu verstehen? Betrachtet man die Welt aus diesem Blickwinkel, ist unser gesamtes

Leben ein ewiger Wahl- und Entscheidungszwang. Was esse ich zum Frühstück? Wie verbringe ich meine Freizeit? Was sehe ich mir heute im Fernsehen an? Unser gesamter Alltag wird durch kleinere und größere Entscheidungen bestimmt, somit unterliegen wir ständig einem gewissen „Wahlzwang“. Doch lässt sich die Möglichkeit, frei aus einer Vielfalt an Angeboten wählen zu

können, tatsächlich als „Zwang“ beschreiben? Ist der Umstand, jemandem die Entscheidungs- und Wahlfreiheit – also den „Wahlzwang“ – abzunehmen, in Wirklichkeit nicht der größere Zwang? Millionen Menschen auf dieser Welt kämpften und kämpfen für die Freiheit, wählen zu können. Ein wirklicher Zwang für sie war und ist es, nicht wählen zu dürfen.

INFO-
COUPON

Name, Vorname
Straße, Hausnummer, PLZ
Telefon
eMail

- Ja, ich interessiere mich für die Arbeit der CDU Berlin: Senden Sie mir Informationsmaterial zu!
- Ja, ich möchte Mitglied der CDU werden: Nehmen Sie Kontakt mit mir auf.

CDU Berlin • Wallstraße 14A • 10179 Berlin
Tel.: 030. 32 69 04 - 0 • Fax: 030. 32 69 04 - 44 • cduberlin@cduberlin.de

Mitmachen. **CDU**